

Inhaltsverzeichnis

I Grundlagen

1 Alternative Entscheidungen, Entscheidungsfolgen und Entscheidungsbewertungen	3
1.1 Legitimation von Kollektiventscheidungen durch konsentierete Verfahren oder Ziele	3
1.2 Folgenorientiertes Entscheiden des Richters	4
1.3 Erklärung, Prognose, Folgenanalyse	5
1.4 Folgenanalyse bei der Urteilsfindung	7
2 Was ist soziale Wohlfahrt? Probleme der Folgenbewertung bei Sozialwahlentscheidungen	11
2.1 Sozialwahltheorie	11
2.2 Einstimmigkeit und schwaches Werturteil	12
2.3 Folgenbewertung: Pareto-Verbesserung und Pareto-Indifferenz (Pareto-Kriterium)	13
2.4 Folgenbewertung: Pareto-Effizienz bzw. Allokationseffizienz	14
2.5 Die rechtspolitische Forderung nach Trennung von Pareto-Effizienz- und Verteilungsgerechtigkeit	18
2.6 Folgenbewertung: Kompensationskriterium und Auktionsregel	19
2.6.1 Das Kaldor-Hicks-Kompensationskriterium	19
2.6.2 Begründung des Kaldor-Hicks-Kriteriums	22
2.6.3 Kritik des Kaldor-Hicks-Kriteriums	25
2.7 Effizienz im Verhältnis zum Utilitarismus und anderen Gerechtigkeitstheorien	25
2.8 Die Kritik am Utilitarismus und die soziale Wohlfahrtsfunktion	28
2.9 Soziale Wohlfahrtsfunktion und Arrow-Unmöglichkeitstheorem	29
2.10 Abwägungsverbote	32
2.10.1 Kaldor-Hicks-Kriterium und das Fairness-Prinzip von Rawls	32
2.10.2 Kaldor-Hicks-Kriterium, liberale Rechte und unveräußerliche Rechte (Rights)	36
2.10.3 Abwägungsverbote und sog. einmischende Präferenzen	38

2.10.4	Reichtumsmaximierung, Utilitarismus, Rawls'sches Minimax-Prinzip und Ergebnisgleichheit im Vergleich.....	38
2.11	Subjektivismus.....	40
2.12	Zur praktischen Anwendbarkeit der wohlfahrtstheoretischen Regeln.....	41
3	Wirtschaftswissenschaft, Handlungsrechte und ökonomische Analyse des Rechts	45
3.1	Was ist Wirtschaftswissenschaft?	45
3.1.1	Die Gesetzhypothese der Knappheit	45
3.1.2	Die Gesetzhypothese rational egoistischen Verhaltens (methodologischer Individualismus)	46
3.1.3	Grenznutzen und Preis bei rationalem Konsumentenverhalten.....	46
3.1.4	Das Nachfragegesetz	48
3.1.5	Einkommens- und Substitutionseffekt	48
3.1.6	Nachfragegesetz bei variablem Haushaltseinkommen	49
3.1.7	Nachfragegesetz bei steigenden Preisen und steigenden Einkommen	50
3.1.8	Elastische und unelastische Nachfrage, Nachfrageelastizität.....	50
3.2	Kosten.....	53
3.2.1	Opportunitätskosten	53
3.2.2	Private und soziale Kosten	54
3.2.3	Grenzkosten und das Angebot der gewinnmaximierenden Unternehmung.....	54
3.2.3.1	Gewinnmaximierung	54
3.2.3.2	Verlauf der Grenzkostenkurve.....	57
3.3	Angebot und Nachfrage, das mikroökonomische Gleichgewicht bei Konkurrenz und Monopol	58
3.4	Strategische Interaktion (Spieltheorie).....	62
3.4.1	Nash-Gleichgewicht im Gefangenendilemma.....	63
3.4.2	Nash-Gleichgewichte im „Kampf der Geschlechter“ (Battle of the Sexes)	66
3.5	Property Rights (Handlungsrechte)	69
3.5.1	Güter als Rechtsbündel	69
3.5.2	Exklusivität und Verdünnung von Handlungsrechten	70
3.6	Transaktionskosten und Handlungsrechte, das Coase-Theorem.....	72
3.6.1	Originäre Zuordnung und faktische Verteilung von Handlungsrechten	72
3.6.2	Inhalt des Coase-Theorems	73
3.6.3	Illustration des Coase-Theorems.....	73
3.6.4	Kritik des Coase-Theorems	75
3.6.4.1	Kein Fortschritt gegenüber herkömmlicher Mikroökonomie?	75
3.6.4.2	Tautologie?	76
3.6.4.3	Ausklammern strategischen Verhaltens.....	76
3.6.4.4	Kein allokativer Einfluss der Vermögensverteilung	78

3.6.5	Fälle von Marktversagen	78
3.6.5.1	Marktmacht	79
3.6.5.2	Öffentliche Güter	79
3.6.5.3	Opportunistisches Verhalten im Austauschverhältnis	80
3.6.5.4	Externe Effekte	81
3.6.5.5	Mikroökonomische und makroökonomische Instabilitäten	81
3.6.6	Marktversagen – Änderung der Rechtsordnung und Nirwana-Ansatz	82
3.6.7	Änderung der Rechtsordnung – der komparative Institutionen-Ansatz, Markt versus Nicht-Markt	82
3.6.8	Änderung der Rechtsordnung – der vertragstheoretische Ansatz ...	83
3.6.9	Veränderte originäre Zuordnung übertragbarer Handlungsrechte nach dem Coase-Theorem, der Posner-Vorschlag	84
3.6.10	Veränderung von Rechtsnormen im Zeitablauf	85
3.6.10.1	Änderung grundlegender Rechtsnormen	86
3.6.10.2	Änderung von Einzelnormen	86
3.6.10.3	Spezifizierung von Rechtsnormen durch Direktiven und Standards	87
3.7	Der internationale Wettbewerb um das Recht	90
4	Homo Oeconomics, Behavioral Economics und Paternalismus	95
4.1	<i>Homo Oeconomicus</i> : Der rationale egoistische Mensch (REM-Hypothese)	95
4.1.1	Rationales Handeln	96
4.1.2	Vollständigkeit, Transitivität, Unabhängigkeit, Konsistenz und Widerspruchsfreiheit	97
4.1.3	Interessenbestimmtes und urteilsbestimmtes Handeln	98
4.1.4	Eigennützigkeit und Egoismus, ein wichtiger Unterschied	99
4.1.5	Der methodologische Status des rationalen egoistischen Menschen	100
4.1.6	Erklärungen im Prinzip, nicht im Detail	101
4.1.7	Gute Prognosen	102
4.1.8	Die REM-Hypothese als Theoriekern der Ökonomie	102
4.2	Verhaltensökonomik (Behavioral Economics)	103
4.2.1	Kritik an der Theorie vom Rationalverhalten – Das Konzept der „Bounded Rationality“	103
4.2.2	Verhaltensanomalien und Abweichungen vom eigennützigem Verhalten	105
4.2.2.1	Heuristische Schwächen	105
4.2.2.2	Willensschwächen („Bounded willpower“), unterschiedliche Diskontraten und hyperbolisches Diskontieren	109
4.2.2.3	Reziprokes und selbstschädigendes Verhalten bei unfairer Behandlung („Bounded selfishness“)	109

4.3	Methodologischer Stellenwert der Anomalieforschung	110
4.3.1	Abkehr vom Homo Oeconomicus	110
4.3.2	Einwände gegen die Verhaltensökonomik	110
4.3.2.1	Vereinbarkeit mit Rationalverhalten	111
4.3.2.2	Einwände gegen die Untersuchungsmethoden der Behavioral Economics	113
4.3.2.3	Ad-hoc-Aussagen ohne Entwicklung einer Verhaltenstheorie	115
4.3.2.4	Gründe für die Dominanz von Rationalverhalten	115
4.3.3	Folgerungen für die Ökonomische Analyse des Rechts	116
4.4	Verhaltensanomalien und Paternalismus	116
4.4.1	Eingriffe in die individuelle Handlungsfreiheit	116
4.4.2	Autoritärer und liberaler Paternalismus	116
4.4.3	Umsetzungsprobleme des liberalen Paternalismus	118
4.4.3.1	Das Problem der Abgrenzung von autoritärem und liberalem Paternalismus	118
4.4.3.2	Das Problem der Unterbrechung von Lernvorgängen durch paternalistische Eingriffe	119
4.4.3.3	Das Problem der Nicht Separierbarkeit von echtem und liberalem Paternalismus sowie von externen Effekten	120
4.4.3.4	Das Problem des Auftretens von Verhaltensanomalien und Eigeninteressen in der Politik	121
4.4.3.5	Das Problem der „Slippery Slopes“	124
4.4.3.6	Das Problem der Verbindung von Liberalismus und Paternalismus	125
4.5	Paternalismus aus rechtlicher Sicht	127
4.5.1	Individuelle Handlungsfreiheit	127
4.5.2	Selbstschädigung von Leben und Gesundheit	129
4.5.2.1	Fälle zulässigen staatlichen Schutzes vor Selbstschädigung	129
4.5.2.2	Unzulässigkeit staatlicher Eingriffe	131
4.5.2.3	Verhältnismäßigkeit paternalistischer Eingriffe	133
4.5.3	Paternalistische Eingriffe im geschäftlichen Verkehr	134
4.5.4	„Nudging“ – Anstöße zu vernünftigem Verhalten	137
4.5.4.1	Opting-out-Lösungen	137
4.5.4.2	Widerrufsrechte	137
4.5.4.3	Informationspflichten und Warnungen	138
4.5.4.4	Fingierte Erklärungen	139
4.5.4.5	Ergänzende Vertragsauslegung	140
4.5.5	Fazit	140

II Ökonomische Analyse des Schadensrechts

5	Ziele und Regelungsprobleme des Schadensrechts, das magische Dreieck des Schadensrechts	145
5.1	Einführung – ein Fall aus dem Deliktsrecht: Wildschaden auf nächtlicher Landstraße	145
5.2	Zur Terminologie: Schadensrecht, Haftungsrecht und Recht des Schadensersatzes	148
5.3	Zieldiskussion	149
5.4	Das Ziel der Vermeidung primärer Kosten, Eigenschaften optimaler Prävention	153
5.4.1	Das Ziel optimaler Sorgfalt	154
5.4.2	Das Ziel des optimalen Niveaus gefährlicher Aktivität	155
5.4.3	Gewährleistung positiven Nettonutzens der gefährlichen Aktivität	157
5.5	Vermeidung sekundärer Kosten (Risikostreuung)	159
5.5.1	Erwartungsnutzen und risikoaverses Verhalten	159
5.5.2	Nutzen und Einkommen	160
5.5.3	Probleme von Versicherungslösungen	163
5.6	Vermeidung tertiärer Kosten	164
5.7	Zielkonflikte	165
5.8	Die Zurechnung des Schadens, die Relevanz der Zurechnung bei Schäden innerhalb und außerhalb von Marktbeziehungen	166
5.9	Die rechtlichen Zurechnungsprobleme des Schadensrechts	167
5.9.1	Der Schutzbereich des Schadensersatzrechts	168
5.9.2	Zurechnung von Rechtsgutverletzungen und Schäden	171
5.9.3	Schadensberechnung und Schadensbewertung	177
6	Verschuldens- und Gefährdungshaftung	181
6.1	Konsequentialistische Sicht der Verschuldenshaftung	181
6.2	Verschuldenshaftung – die Learned Hand-Formel	182
6.3	Verschuldenshaftung aus juristischer Sicht	183
6.3.1	Begriff und Funktion der Fahrlässigkeit	184
6.3.2	Bestimmung eines Sorgfaltsmaßstabs	184
6.3.3	Vorhersehbarkeit	188
6.3.4	Äußere und innere Sorgfalt	190
6.3.5	Rechtswidrigkeit und Verschulden bei der Haftung für Fahrlässigkeit	191
6.3.6	Sorgfaltspflichten, allgemeine Verkehrspflichten und vertragliche und quasivertragliche Schutzpflichten	192

6.4	Wirkungen der Verschuldenshaftung, Verschulden als Verletzung eines Sorgfaltsstandards	194
6.4.1	Wirkung der Verschuldenshaftung bei präzisen Sorgfaltsstandards	194
6.4.2	Wirkung der Verschuldenshaftung bei vagen Sorgfaltsstandards	197
6.5	Wirkungen der Verschuldenshaftung bei Anwendung der Differenzmethode nach § 249 BGB.	198
6.6	Kann die Verschuldenshaftung die soziale Nützlichkeit der schädigenden Aktivität sicherstellen?	202
6.6.1	Die Blindheit der Verschuldenshaftung hinsichtlich der Aktivität	202
6.6.2	Korrekturen durch Rechtsprechung?	202
6.7	Was bedeutet die Feststellung der Fahrlässigkeit?	205
6.7.1	Die Bestimmung des Sorgfaltsniveaus durch die Gerichte	205
6.7.2	Setzung von Sorgfaltsstandards durch die Gerichte	208
6.8	Eine zweite Interpretation der Verschuldenshaftung.	210
6.8.1	Bestimmung von Fahrlässigkeit ohne die Festlegung eines Standards.	210
6.8.2	Die Lösung des Wildschutzfalles	212
6.8.3	Effizienzwirkungen dieses Fahrlässigkeitskonzepts	214
6.9	Prinzipien mittlerer Reichweite zur Bestimmung der Sorgfalt, ihre Nähe zur Learned Hand-Formel	215
6.10	Die Verteilung der Beweislast bei der Verschuldenshaftung und ihre Auswirkung	219
6.11	Zusammenfassung: Konstellationen der Schadenszurechnung bei der Verschuldenshaftung.	224
6.12	Die Relevanz von Sitten und Gebräuchen und von technischen Normen.	225
6.13	Technische Regeln und Regelwerke	227
6.14	Gefährdungshaftung, Rechtsgrundlagen.	228
6.14.1	Die rechtliche Struktur der Gefährdungshaftung	228
6.14.2	Gesetzliche Tatbestände der Gefährdungshaftung	229
6.14.3	Die Gefährdungshaftung im System des Haftungsrechts.	231
6.15	Wirkungen der Gefährdungshaftung bei konstantem Aktivitätsniveau	233
6.16	Aktivitätsniveau bei Verschuldens- und Gefährdungshaftung, Überlegenheit der Gefährdungshaftung	234
6.17	Kosteneffekte und Dezentralisierungswirkung der Gefährdungshaftung	236
6.18	Haftungsobergrenzen bei Gefährdungshaftung	237
6.19	Gefährdungshaftung bei nicht vorhersehbaren Schäden?	239

6.20	Wirkungen der Haftung bei vollkommenen und unvollkommenen Versicherungen	241
6.20.1	Effizienz bei vollkommener Versicherung	241
6.20.2	Ineffizienz bei unvollkommener Versicherung	242
7	Reziproke Schäden und Mitverschulden	247
7.1	Die Notwendigkeit einer erweiterten Sichtweise und die Reziprozität des Schadensproblems	247
7.2	Die rechtliche Regelung des Mitverschuldens	248
7.3	Der „cheapest cost avoider“. Schadensrecht im Entweder-Oder-Fall	252
7.4	Quasidogmatische Argumentationsfiguren im Entweder-Oder-Fall	254
7.5	Ein Fall: Die unbegradigte Autostraße.	256
7.5.1	Sachverhalt	256
7.5.2	Lösung mit Hilfe der ökonomischen Analyse	257
7.6	Effiziente Schadensvermeidung bei bilateralen Schäden und konstantem Aktivitätsniveau.	258
7.6.1	Einführung in das bilaterale Schadensproblem	258
7.6.2	Erzwingung eines optimalen Gleichgewichts durch die Rechtsordnung	261
7.7	Verschuldenshaftung mit und ohne den Einwand des Mitverschuldens, das Äquivalenztheorem	262
7.8	Gefährdungshaftung mit dem Einwand des Mitverschuldens	265
7.9	Vermeidung sozialschädlichen Verhaltens durch Haftungsrecht bei bilateralen Schäden?.	267
7.10	Bilaterale Schäden bei beiderseitig variablem Aktivitäts- und Sorgfaltsniveau, Theorem von Shavell	268
7.11	Die Übernahme von Schadensvermeidungskosten des Geschädigten durch den Schädiger.	270
7.12	Rechtliche Möglichkeiten des Aufwandsersatzes für den Geschädigten	272
7.12.1	Der Geschädigte hat nach dem Unfall Aufwendungen getätigt, um den Schaden zu mindern	272
7.12.2	Der Geschädigte hat bereits vor dem Unfall Vorsorgemaßnahmen getroffen	273
7.12.3	Der potentiell Geschädigte trifft Vorsorgemaßnahmen, die zur Abwehr eines Schadens führen.	275
7.12.4	Beispielfall: Die gasdichte Haustür.	277
7.13	Nachträgliche Schadensminderungsaufwendungen: Ein Sonderfall bilateraler Schäden	279
7.14	Zweitbeste Lösungen des bilateralen Schadensproblems	279
7.15	Schadensersatz oder Gewinnherausgabe?	280
7.16	Unsicherheit, ob fahrlässiges Verhalten zur Selbstschädigung oder zur Schädigung Dritter führt	282

8	Zurechnung des Schadens, Kausalität	285
8.1	Fälle zur Einführung	285
8.2	Begriff und Funktion der Kausalität	286
8.3	Weitere Zurechnungsgründe: haftungsbegründende Kausalität	287
8.4	Haftungsausfüllende Kausalität: Adäquanztheorie und Schutzzwecklehre	289
8.4.1	Die Adäquanztheorie und ihre ökonomische Begründung	289
8.4.2	Schutzbereich der Norm und ihre ökonomische Begründung	292
8.4.2.1	Die Lehre vom Schutzbereich der Norm	292
8.4.2.2	Die Konstanz der Schadenswahrscheinlichkeit bei unterschiedlichem Verhalten als Kriterium für die Schutzzwecklehre	295
8.5	Das Problem der nur wahrscheinlichen Kausalität: Wahrscheinlichkeits- und Proportionalhaftung	296
8.5.1	Unterscheidung zweier Fallgruppen	296
8.5.2	Vollbeweis, Alles-oder-Nichts-Prinzip und Ausnahmen von der Regel im deutschen Recht	297
8.5.3	Einige Lösungsansätze im Ausland	299
8.5.4	Ökonomische Wirkungen von Kausalitätsregeln, wenn der Schaden entweder durch den Schädiger oder durch eine nicht zum Ersatz verpflichtende Ursache bewirkt wurde	300
8.5.4.1	Wirkungen der Alles-oder-Nichts-Methode bei Verschuldens- und Gefährdungshaftung	301
8.5.4.2	Effizienz der Wahrscheinlichkeitskausalität	302
8.5.4.3	Fälle in denen die Kausalitätsregel „Verlust einer Chance“ zur Übermaßhaftung, die Wahrscheinlichkeitskausalität dagegen zur richtigen Bemessung des Schadensersatzes führt	303
8.5.5	Verursachung des Schadens durch mehrere Schädiger	306
8.5.5.1	Regelung im deutschen Recht	306
8.5.5.2	Analyse der Haftungsregeln bei multikausalen Schäden	308
8.5.5.3	Haftung zu gleichen Anteilen bei Gefährdungs- und Verschuldenshaftung	308
8.5.5.4	Wahrscheinlichkeitskausalität und Proportionalhaftung bei proportionalen Schadensverläufen	309
8.5.5.5	Wahrscheinlichkeitskausalität und Proportionalhaftung bei nichtlinearen Schadensverläufen	310
8.5.6	Wirkungen der gesamtschuldnerischen Haftung im Vergleich mit der Wahrscheinlichkeitskausalität	313
8.6	Grenzen der Wahrscheinlichkeitskausalität	314

9	Der Schutzbereich des Deliktsrechts und der Ersatz reiner Vermögensschäden	317
9.1	Gesetzliche Begrenzung des Deliktsrechts und Erweiterungen durch Richterrecht	317
9.2	Vertragliche und quasi-vertragliche Verkehrspflichten	319
9.2.1	Culpa in contrahendo	319
9.2.2	Intensität des sozialen Kontakts als Anhaltspunkt	323
9.3	Der Schutz von Vermögensinteressen	324
9.4	Beschränkungen des Haftungsrechts durch liberale Rechte; das allgemeine Persönlichkeitsrecht	326
9.5	Zum Problem der Abgrenzung nichtersatzfähiger „reiner“ Vermögensschäden	329
9.5.1	Haftungsbegrenzung und Haftungserweiterung im Zivilrecht	329
9.5.2	Überabschreckung bei Überkompensation des Schadens im Fall reiner Vermögensschäden	329
9.5.3	Wirkung der Haftung für reine Vermögensschäden bei präzisen und unpräzisen Sorgfaltsstandards	330
9.5.4	Fälle, in denen die Haftung erweitert werden sollte	335
9.5.5	Reine Vermögensschäden im Deliktsrecht gegenüber dem Vertragsrecht, der Goldberg-Vorschlag	336
9.6	Bewertung der Schäden	338
9.6.1	Die Nichtersatzfähigkeit immaterieller Schäden als Konsequenz eines Informationsproblems	338
9.6.2	Verlust von Urlaubszeit und Urlaubsfreude als Vermögensschaden	340
9.6.2.1	Entgangene Urlaubsfreude als immaterieller Schaden	340
9.6.2.2	Beschränkung der Ersatzansprüche auf vertraglichen „Versicherungspool“	342
9.6.3	Zeitverlust als ausgleichsfähiger Schaden?	344
9.7	Nutzungsentgang	345
9.7.1	Das Problem der Nutzungsentzündigung	345
9.7.2	Widersprüchlichkeit der Rechtsprechung	346
9.7.3	Widersprüchliche Begründungen der Rechtslehre	348
9.7.4	Ökonomische Aspekte des Nutzungsentgangs	349
9.7.4.1	Ausuferung von Schadensersatzpflichten?	349
9.7.4.2	Problem des moral hazard	350
9.7.4.3	Immaterielle oder materielle Schäden?	350
9.7.4.4	Wirtschaftliche Betrachtungsweise	350
9.7.4.5	„Fühlbarkeit des Verlustes“	351
9.7.4.6	Verfügbarkeit für die eigenwirtschaftliche Lebenshaltung	353
9.7.4.7	Berechnung des Nutzungsausfallschadens	354
9.7.5	Schlussbemerkung	354

10	Besondere Probleme des Schadensrechts	357
10.1	Produkthaftung	357
10.1.1	Einführung	357
10.1.2	Rechtsgrundlagen der Produkthaftung	359
10.1.2.1	Deliktsrechtliche Produkthaftung nach BGB	359
10.1.2.2	Vertragliche Ansprüche	359
10.1.2.3	Umkehr der Beweislast für das Verschulden	360
10.1.2.4	Produkthaftung nach dem Produkthaftungsgesetz	360
10.1.3	Fabrikationsfehler, Konstruktionsfehler und Informationsfehler	361
10.1.3.1	„Fehler“ in der deliktsrechtlichen Haftung	361
10.1.3.2	„Fehler“ nach dem Produkthaftungsgesetz	362
10.1.4	Die Irrelevanz des Haftungsregimes für gefährliche Produkte bei wohlinformierten, gleichartigen Nutzern	363
10.1.5	Mögliche Fehlentwicklungen der Produzentenhaftung bei wohlinformierten Verbrauchern mit unterschiedlichen Sicherheitspräferenzen	365
10.1.6	Versicherungswirkung der Haftung	367
10.1.7	Informationeller Fehlerbegriff und Fabrikationsfehler	368
10.1.8	Konstruktions- und Instruktionsfehler	369
10.1.8.1	Die Überschätzung der Produktgefahren	369
10.1.8.2	Die Unterschätzung der Produktgefahren	370
10.1.9	Exkurs: Warum Verbraucherschutz? Negativauslese und der „Markt für Zitronen“	370
10.1.9.1	Der „Markt für Zitronen“	370
10.1.9.2	Konsequenzen für die Produkthaftung	374
10.1.10	Bestimmung des Konstruktionsfehlers im Sinne der Verschuldens- oder der Gefährdungshaftung?	375
10.1.10.1	Konstruktionsfehler als Verschulden des Herstellers (Risk-Utility Test)	375
10.1.10.2	Informationeller Fehlerbegriff und Gefährdungshaftung (Consumer Awareness Test)	376
10.1.11	Die Krise des Haftungsrechts in den USA, kein Grund gegen die Haftung für Konstruktionsfehler	378
10.1.12	Schwierigkeiten der Bestimmung optimaler Produktsicherheit	380
10.1.13	Vorschlag: Rein informationeller Fehlerbegriff für Konstruktionsmängel	381
10.1.14	Haftung für Entwicklungsgefahren	381
10.1.14.1	Begriff der Entwicklungsgefahren	381

	10.1.14.2 Haftung für Entwicklungsgefahren nach geltendem Recht	383
	10.1.14.3 Wirkungen der Haftung für Entwicklungsgefahren ...	385
	10.1.15 Einwände gegen die Effizienz der Produkthaftung in den USA...	386
10.2	Umwelthaftung: Stand, Probleme und Perspektiven	387
	10.2.1 Die geringe Bedeutung der Haftung für Umweltschäden	387
	10.2.2 Das Problem des rationalen Desinteresses bei der Geltendmachung von Umweltschäden	388
	10.2.3 Das Problem der „weichen“ Kausalität	389
	10.2.4 Das Problem der Schadensbewertung	390
	10.2.5 Keine Zuweisung individueller Property Rights	391
	10.2.6 Zur Europäischen Umwelthaftungsrichtlinie	391
	10.2.7 Vermögenslosigkeit des Schädigers und Haftung der Banken ...	392
	10.2.8 Industriepolitische Schlagseite in der Geschichte des Umweltrechts	393
	10.2.9 Umwelthaftung nicht für den Normalbetrieb von Anlagen?	394
10.3	Schmerzensgeld, unersetzbare Schäden und Wert der Todesverhütung ...	395
	10.3.1 Einleitung	395
	10.3.2 Funktion des Schmerzensgeldes und Bemessungskriterien aus juristischer Sicht	395
	10.3.3 Anknüpfungspunkte für die Bemessung des Schmerzensgeldes aus ökonomischer Sicht, Abschreckung oder Kompensation? ...	400
	10.3.3.1 Abschreckungsschmerzensgeld	400
	10.3.3.2 Kompensationsschmerzensgeld	401
	10.3.4 Das Problem unersetzbarer Güter aus ökonomischer Sicht.	402
	10.3.5 Zur empirischen Bestimmung der Höhe des Abschreckungsschmerzensgeldes	404
	10.3.5.1 Schlussfolgerung	407
10.4	Die Haftung für Hilfspersonen aus wohlfahrtsökonomischer Sicht	407
10.5	Grenzen der zivilrechtlichen Haftung und Übergänge zur Regulierung durch öffentliches Recht.	410
	10.5.1 Der von der Rechtsordnung festgelegte Schadensersatz ist kleiner als der Schaden.	410
	10.5.2 Anonymität von Schädigern und rationales Desinteresse der Geschädigten als Ursache begrenzter Haftung	413
	10.5.3 Ex-Ante Regulierung bei Vermögenslosigkeit der zur Haftung herangezogenen Person.	415
	10.5.4 Administrative Kosten bei Regulierung und bei zivilrechtlicher Haftung	415
	10.5.5 Empirische Untersuchungen zur Leistungsfähigkeit von Haftung und Regulierung	416
10.6	Ein einheitliches Deliktsrecht für die Europäische Union?	418

III	Ökonomische Analyse des Vertragsrechts	
11	Zur ökonomischen Analyse der Vertragsfreiheit und des Vertragsrechts ...	423
11.1	Ökonomische Funktion der Vertragsfreiheit	423
11.2	Die Bedeutung der pekuniären Effekte	424
11.3	Die Bedeutung von Vertragsrisiken und von Opportunismus in Vertragsbeziehungen	426
11.4	Zur ökonomischen Funktion des Vertragsrechts	427
12	Der vollständige Vertrag und seine Rekonstruktion durch die Rechtsordnung	431
12.1	Vertrag ohne Transaktionskosten	431
12.2	Die Rekonstruktion des vollständigen Vertrages durch Gesetz und Rechtsprechung	433
12.3	Die effiziente Zuordnung von Vermeidungsaufwand	434
12.4	Vertragliche Schadensversicherung bei Unmöglichkeit der Schadensvermeidung	437
12.4.1	Die Haftung des „cheapest insurer“	437
12.4.2	Verhalten unter Unsicherheit (Risikoaversion, Risikofreude, Risikoneutralität)	438
12.4.3	Verträge zwischen Spielern und Risikoaversen	439
12.4.4	Grenzen der cheapest insurer-Regel. Die Möglichkeit der Angebotsdifferenzierung	440
12.5	Eine Vertragspartei ist cheapest insurer, die andere cheapest cost avoider	441
12.6	Die Haftung des überlegenen Risikoträgers (superior risk bearer)	442
12.7	Wohlfahrtsökonomisches Prüfschema, vertragliche Risikoanordnung	444
12.8	Die dezisionistische Zuordnung des Risikos	446
12.9	Grenzen des Vertragsrechts und Vertragstheorie	446
13	Ergänzende Vertragsauslegung, Geschäftsgrundlage und die Rekonstruktion des vollständigen Vertrags durch die Rechtsordnung, Äquivalenzstörungen	449
13.1	Selbstbestimmungsprinzip und Allokationseffizienz	449
13.2	Ökonomisches Modell und geltendes Recht	450
13.3	Die Rekonstruktion des vollständigen Vertrags durch den Gesetzgeber (dispositives Gesetzesrecht)	455
13.3.1	Die Entlastungsfunktion des dispositiven Rechts	455
13.3.2	Der Gerechtigkeitsgehalt des dispositiven Rechts	456
13.3.3	Dispositives Recht und ökonomisches Vertragsmodell	457
13.4	Die Rekonstruktion des vollständigen Vertrags, ergänzende Vertragsauslegung	457
13.4.1	Verhältnis zum dispositiven Recht	457

13.4.2	Unvollständige Verträge als Voraussetzung der ergänzenden Vertragsauslegung	458
13.4.3	Hypothetischer Parteiwille und ökonomisches Vertragsmodell	458
13.4.4	Grenzen der ergänzenden Vertragsauslegung	460
13.5	Rekonstruktion des vollständigen Vertrags, die Lehre von der Geschäftsgrundlage	460
13.5.1	Zur Lehre vom Fehlen bzw. Wegfall der Geschäftsgrundlage ...	460
13.5.2	Subjektive und objektive Geschäftsgrundlage	461
13.5.3	Die Kodifikation in § 313 BGB.	462
13.5.4	Wegfall der Geschäftsgrundlage und ergänzende Vertragsauslegung	463
13.5.5	Kriterien und Grenzen der Vertragsanpassung	464
13.6	Juristische Relevanz des ökonomischen Modells des vollständigen Vertrags	465
13.6.1	Vollständiger Vertrag und Geschäftsgrundlage	465
13.6.2	Kriterien der Vertragsergänzung und Vertragskorrektur	466
13.6.3	Grenzen nachträglicher Risikoanordnung	467
13.6.4	Die Funktion des „Zumutbarkeitskriteriums“	468
13.7	Falldarstellungen, Reichweite des wohlfahrtsökonomischen Prüfschemas zum vollständigen Vertrag	468
13.7.1	Der Ölpreis-Fall	468
13.7.2	Der Iran-Fall	472
13.7.3	Tagespreisklausel-Fall	475
13.8	Faire Aufteilung des Vertragsnutzens, Nash-Lösung, Orientierung am Marktpreis und laesio enormis	481
13.8.1	Nash-Lösung und Orientierung an einem fiktiven Marktpreis	481
13.8.2	Alternative Prinzipien im Vertragsrecht	487
13.8.3	Erosion der Privatautonomie durch Wertevielfalt im DCFR. ...	491
13.8.4	Vorschlag der EU-Kommission für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	493
14	Ökonomische Analyse von Vertragsbruch, Unmöglichkeit und Verzug.	495
14.1	Vertragsstörungen und ihre rechtlichen Konsequenzen	495
14.2	Mögliche Rechtsregeln bei Vertragsbruch oder Verzug	496
14.3	Das heuristische Prinzip für die Beurteilung der Regeln bei Vertragsbruch	497
14.4	Beurteilung der rechtlichen Regeln	499
14.4.1	Pacta sunt servanda	499
14.4.2	Schadensersatz statt der Leistung	501
14.4.3	Wirtschaftliche Unmöglichkeit und Kostenkontrolle der Vertragserfüllung durch Gerichte	503
14.4.4	Der Ersatz des negativen Interesses (Vertrauensschaden)	504

14.5	Die subjektivistische Kritik an der Lehre vom effizienten Vertragsbruch	504
14.6	Begrenzung des Schadensersatzes im Vertragsrecht auf vorhersehbare Schäden?	508
15	Ökonomische Analyse des Leistungsstörungenrechts bei Kauf- und Werkvertrag	513
15.1	Rechtsgrundlagen und Rechtsbehelfe	513
15.1.1	Sachmängelhaftung	515
15.1.2	Übernahme einer Garantie	515
15.1.3	Deliktische Ansprüche für Sachmängel	515
15.2	Gewährleistung als Versicherung des Käufers durch den Verkäufer	516
15.2.1	Versicherung des risikoaversen Käufers durch den risikoneutralen Verkäufer	516
15.2.2	Besonderheiten bei Mangelfolgeschäden	517
15.3	Gewährleistung als Qualitätsanreiz für den Verkäufer	518
15.4	Gewährleistung als nicht imitierbares Qualitätssignal des Verkäufers hoher Qualität.	519
15.5	Die Notwendigkeit der Gewährleistungsbegrenzung wegen der Existenz unterschiedlicher Käufergruppen mit verschiedenen Risikopotentialen	520
15.6	Die Notwendigkeit der Gewährleistungsbegrenzung wegen des käuferseitigen moral hazard	521
15.7	Kostenvergleich alternativer Rechtsbehelfe des Käufers	521
15.8	Schadensersatz bei Lieferung mangelhafter Sachen.	523
15.8.1	Erfüllungs- und Integritätsinteresse	523
15.8.2	Produkthaftung für Mangelfolgeschäden	524
15.8.3	Zur praktischen Bedeutung der gesetzlichen gegenüber den vertraglichen Gewährleistungsregeln	526
15.8.3.1	Gesetzliches Recht als Ausgangspunkt für Marktentwicklungen	526
15.8.3.2	Transparenz des Risikos	526
15.8.3.3	„Race to the Bottom“ und der Reputationsmechanismus	527
15.9	Effizienz Aspekte im Gewährleistungsrecht	528
15.9.1	Risikoverteilung in Extremfällen von Falsch- und Schlechtlieferungen	528
15.9.2	Länge der Verjährungsfristen	531
15.9.2.1	Zu kurze Verjährungsfristen bei Sachmängeln	531
15.9.2.2	Bestimmungsfaktoren einer optimalen Verjährungsfrist	532
15.9.3	Rechtspolitischer Vorschlag zur Länge der Verjährungsfrist.	533
15.9.4	Laufbeginn der Verjährungsfrist bei verschleißbezogenen und nicht-verschleißbezogenen Mängeln.	534
15.10	Vertragliche Rechtsbehelfe und Risikoeinstellung	535

16	Unwissenheit, Vertrauen, Opportunismus und Allokationseffizienz	537
16.1	Die kalten Winde der Unwissenheit, zum Problem des Vertrauens aus ökonomischer Sicht.	537
16.2	Produktive und unproduktive Informationen	538
16.3	Informationskosten bei Preisunsicherheit und Qualitätsunsicherheit . . .	540
16.3.1	Rationales Verhalten bei Preisunsicherheit.	541
16.3.2	Qualitätsunsicherheit (Suchgüter, Erfahrungsgüter, Glaubensgüter)	542
16.4	Fehlentwicklungen bei Informationsdefiziten	543
16.4.1	Monopolpreisbildung bei atomistischem Angebot und homogenen Gütern	543
16.4.2	Antiselektion bei asymmetrisch verteilten Produktinformationskosten, der „Markt für Zitronen“	544
16.5	Die Überwindung von Informationsdefiziten durch gesellschaftliche Institutionen	544
16.5.1	Berufsethik	544
16.5.2	Reputation, Goodwill und das Extrapolationsprinzip	545
16.5.3	Der unsichtbare Händedruck	547
16.6	Die Gefahr des Opportunismus	549
16.7	Verbraucherschutz: Allgemeine Geschäftsbedingungen und der „Markt für Zitronen“	552
17	Vertrauensschutz im Recht des Güter- und Leistungsaustauschs	557
17.1	Voraussetzung des Vertrauensschutzes aus wohlfahrtsökonomischer Sicht	557
17.1.1	Asymmetrische Informationskosten	557
17.1.2	Produktivität der Informationen	558
17.1.3	Die Notwendigkeit einer Vertrauensprämie.	559
17.1.3.1	Notwendigkeit des Informationskostenersatzes.	559
17.1.3.2	Die Bedeutung werterhöhender und wertsenkender Information	561
17.1.4	Verhältnis von Opportunismusprämie und Vertrauensprämie.	562
17.1.5	Die Bedeutung von Zufallsinformationen	563
17.1.6	Bindungswille als Voraussetzung des Vertrauensschutzes?	563
17.2	Der ökonomische und der rechtliche Begriff des Vertrauensschutzes . . .	564
17.3	Rechtsgrundlagen und Erscheinungsformen der Vertrauenshaftung	565
17.3.1	Gesetzliche Tatbestände der Vertrauenshaftung	565
17.3.2	Richterrechtliche Tatbestände der Vertrauenshaftung	566
17.4	Vertrauenshaftung und die Bedeutung des ökonomischen Ansatzes	568
17.4.1	Anknüpfungspunkte der Vertrauenshaftung	568
17.4.2	Die Überwindung von Informationsdefiziten durch Vertrau- ensschutz aus rechtlicher und aus ökonomischer Sicht	570
17.5	Preisunsicherheit und Qualitätsunsicherheit	571
17.5.1	Asymmetrie der Informationskosten.	572

17.5.2	Produktivität von Informationen.....	574
17.5.3	Vertrauensprämie und Vertrauenshaftung.....	575
17.5.4	Aufklärungspflichten bezüglich werterhöhender Informationen.....	576
17.5.5	Die Opportunismusgefahr.....	577
17.6	Rechtliche und ökonomische Probleme der Berufshaftung.....	579
17.6.1	Anwendungsbereich der Berufshaftung.....	579
17.6.2	Rechtsgrundlagen der Berufshaftung.....	581
	17.6.2.1 Anlageberater und Anlagevermittler.....	581
	17.6.2.2 Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Sachverständige ...	582
	17.6.2.3 Sachwalter.....	582
17.6.3	Ökonomische Funktion der Berufshaftung.....	582
	17.6.3.1 Kriterium der Informationsasymmetrie.....	583
	17.6.3.2 Produktivität der Information.....	584
	17.6.3.3 Vertrauensprämie als Voraussetzung einer Berufshaftung.....	585
	17.6.3.4 Sanktionen durch den Markt.....	585
17.7	Kostenlose Informationen und konkreter Wissensvorsprung.....	585

IV Property Rights (Handlungsrechte)

18 Begriff, Funktion und Ausgestaltung von Property Rights

	(Handlungsrechte).....	589
18.1	Property Rights (Handlungsrechte).....	589
	18.1.1 Begriff von Handlungsrechten.....	589
	18.1.2 Schutz von Handlungsrechten.....	591
	18.1.3 Transferfähigkeit von Handlungsrechten.....	592
	18.1.4 Zwecke von Handlungsrechten.....	593
18.2	Effizienzprobleme bei fehlspezifizierten Handlungsrechten.....	594
	18.2.1 Fehlnutzung der Früchte einer Ressource bei freiem Zugang ...	594
	18.2.2 Übernutzung von Ressourcen bei freiem Zugang bzw. Allmendegütern, „The Tragedy of the Commons“.....	595
	18.2.3 Die Schädigung der nachhaltigen Nutzungsmöglichkeit und die Zerstörung von Ressourcen bei fehlspezifizierten Property Rights.....	597
	18.2.4 Effiziente Nutzung erschöpfbarer Ressourcen.....	598
	18.2.5 Fehlnutzung von Ressourcen bei positiven externen Effekten.....	599
	18.2.6 Freier Zugang bei Öffentlichen Gütern.....	600
18.3	Entwicklung von Property Rights als Reaktion auf Knappheit.....	600
	18.3.1 Friedensdividende beim Übergang von der Anarchie zur Rechtsordnung.....	600

18.3.2	Herausbildung exklusiver Property Rights als Reaktion auf zunehmende Knappheit	601
18.3.3	Die Weiterentwicklung von Handlungsrechten als permanentes Problem	602
18.4	Transferfähigkeit und Einschränkungen der Transferfähigkeit von Handlungsrechten	604
18.4.1	Der Grundsatz der Transferfähigkeit von Handlungsrechten und die Formen der Übertragung	604
18.4.2	Rechtliche Beschränkungen der Transferfähigkeit	604
18.4.3	Ökonomische Auswirkungen des Ausschlusses oder der Beschränkung der Transferfähigkeit von Rechten	605
18.4.4	Übertragungsbeschränkungen als ineffizientes Rentseeking. ...	605
18.4.5	Einschränkungen der Transferfähigkeit aus paternalistischen Gründen	606
18.4.6	Einschränkungen der Transferfähigkeit bei Externalitäten, insbesondere bei einmischenden Präferenzen	606
18.4.7	Schutz von Ressourcen durch Unterbindung von Märkten.	608
18.4.8	Beschränkungen der Transferfähigkeit aus anderen normativen Gründen	609
19	Die Übertragung von Handlungsrechten durch gutgläubigen Erwerb	611
19.1	Formen des gutgläubigen Erwerbs von Rechten	611
19.2	Regeln des gutgläubigen Erwerbs als Mittel zur Verteilung von Informationsaufwendungen	612
20	Die Übertragung von Handlungsrechten durch Enteignung und Inhaltsbestimmung des Eigentums	617
20.1	Gründe für Zwangsmaßnahmen	617
20.1.1	Akkordstörerposition (hold up) des Eigentümers	617
20.1.2	Schwarzfahrerverhalten	620
20.1.3	Aufwendungsersatzansprüche bei der privaten Produktion öffentlicher Güter (Expanded Duty of Restitution)	621
20.2	Entschädigungsgründe beim Entzug von Handlungsmöglichkeiten ...	624
20.2.1	Anreize für den Staat	625
20.2.2	Entschädigung als Versicherungslösung	625
20.2.3	Anreizwirkungen der Entschädigung bei unterschiedlicher Nutzung der Ressourcen nach der Enteignung	627
20.3	Abgrenzung von Schrankenbestimmung des Eigentums und Enteignung	628
21	Insolvenz und kollidierende Sicherungsinteressen von Gläubigern	635
21.1	Kredite mit und ohne Zugriff auf das Schuldnervermögen	635
21.2	Alternative Regelungsprinzipien der Gläubigerbefriedigung	636
21.3	Ziele der Regelungsprinzipien	636

21.4	Analyse der Regelungsprinzipien in Bezug auf effiziente Kreditverträge	637
21.4.1	Ineffizienz des Prioritätsprinzips 2 im Insolvenzfall	637
21.4.2	Auswirkungen der par-condicio-creditorum-Regel des Insolvenzrechts auf die Effizienz von Kreditverträgen	638
21.4.2.1	Das Delcredere-Risiko	638
21.4.2.2	Auswirkungen auf Risikostruktur und Kreditvergabe	639
21.4.3	Die Bestellung von Kreditsicherheiten und ihre Auswirkungen auf Kreditverträge	640
21.4.4	Das Problem der Massearmut in der Insolvenz	641
21.5	Die Entscheidung über Weiterführung oder Liquidation des Unternehmens	642
21.5.1	Das wirtschaftspolitische Kriterium für Liquidation und Weiterführung des Unternehmens	642
21.5.2	Wann haben die Akteure ein Interesse an der rechtspolitisch richtigen Entscheidung im Insolvenzfall?	642
21.5.3	Insolvenzrechtliche Lösungen und Fehlentwicklungen	644
21.5.4	Privatautonomes Insolvenzverfahren?	647
21.5.5	Restschuldbefreiung, ein Schritt in die richtige Richtung	647
21.6	Kollisionen zwischen Waren- und Geldkreditgebern bei neuartigen Sicherungsrechten	648
21.6.1	Entwicklung neuartiger Sicherungsrechte	648
21.6.2	Das Kollisionsproblem	649
21.6.3	Ökonomische Aspekte bei der rechtlichen Lösung des Kollisionsproblems	650
22	Inkompatible Nutzung von Grundstücken und effiziente Raumnutzung ...	653
22.1	Fallbeispiel	653
22.2	Die Gesamteigentümergeblichkeit	653
22.3	Zweitbeste Lösungen von Nutzungskonflikten bei unvollständigen Informationen	655
22.4	Das Kriterium der Ortsüblichkeit als entscheidende Weichenstellung ...	656
22.5	Regeln zur effizienten Nutzung bei ausreichender Information der Gerichte	658
22.5.1	Die Nutzung des Störers ist ineffizient	658
22.5.2	Die Nutzung des Störers ist effizient	658
22.6	Zweitbeste Regeln bei nicht ausreichender Information der Gerichte ...	660
22.6.1	Die Defizite des Prioritätsprinzips	660
22.6.1.1	Einige effiziente neue Nutzungen bleiben unrentabel	660
22.6.1.2	Unproduktives Wettrennen um die Priorität	661
22.6.2	Die Defizite des Majoritäts- oder Dominanzprinzips	662

22.7	Rechtspolitische Schlußfolgerungen, Prüfschema für die Ortsüblichkeit	662
22.8	Grenzen zivilrechtlicher Steuerung bei abnehmenden Anpassungskosten neuer Nutzer	663
23	Immaterialgüterrechte, die Generierung von Innovationen	667
23.1	Wettbewerb auf Güter- und Ideenmärkten	667
23.2	Property Rights für „geistiges Eigentum“	669
23.2.1	Patentrecht	669
23.2.2	Urheberrecht	671
23.3	Analyse des Prioritätsprinzips für den Erwerb geistigen Eigentums.	672
23.4	Einfluss von Risiken der Forschung auf den Umfang der Forschung.	675
23.5	Die Kosten der Durchsetzung von Schutzrechten und ihre Auswirkungen auf den Forschungsumfang.	675
23.6	Zu geringer Forschungsaufwand als Folge der Ausgestaltung von Lizenzverträgen	677
23.7	Schutzdauer, Schutzbreite und Anzahl der geschützten Innovationen.	678
23.8	Reichweite des gewerblichen Rechtsschutzes und die „Tragedy of the Anticommons“	679
23.9	Der problematische Aufstieg von „Superstars“ als Folge des Urheberrechtsschutzes in Verbindung mit elektronischen Medien.	681
23.10	Staatliche Forschungsförderung und industriepolitische Innovationsförderung.	682
V	Unternehmensrecht	
24	Vom Vertrag zur Hierarchie	687
24.1	Unterschiedliche Vertragstypen in der Rechtswirklichkeit.	687
24.1.1	Relationale Verträge	688
24.1.2	Symbiotische Verträge.	689
24.2	Ökonomische Gründe für die Herausbildung nicht diskreter Vertragstypen	690
24.2.1	Vertragsspezifisches Kapital	690
24.2.2	Markteintrittsbarrieren.	692
24.2.3	Moral Hazard	692
24.3	Die rechtliche Einordnung relationaler und symbiotischer Verträge	693
24.4	Vertragsanpassung durch Neuverhandlung	694
25	Grundstrukturen und -probleme des Unternehmensrechts	697
25.1	Die Wahl zwischen Austauschverträgen und Organisationsstatuten	697
25.2	Organisationen mit und ohne Eigentümer	698
25.3	Interne Kosten der Organisation, Managementkontrolle und Kontrolle der Mehrheitsaktionäre	700
25.4	Ex-ante und Ex-post Kontrollen durch Gesellschaftsrecht, Kapitalmarktrecht und Haftung	702

25.5	Ist der Formzwang im deutschen Aktienrecht veraltet?	704
25.6	Ausweitung zivilrechtlicher Haftung zur Minderung der „Corporate Governance“ Probleme	706
25.6.1	Haftung für Fehlinformationen der Kapitalmärkte, einfache Fahrlässigkeit auf den Primärmärkten und grobe Fahrlässigkeit auf den Sekundärmärkten	709
25.6.2	Kontrolle der Unternehmensführung durch Gesellschaftsrecht	711
25.7	Kontrolle des Managements über Finanzmärkte durch feindliche Übernahme	711
25.8	Das Problem der Insidergeschäfte	713
25.9	Die Rechtsbeziehungen des Unternehmens gegenüber Gläubigern und das Prinzip der begrenzten Haftung	715
25.9.1	Die ökonomischen Wirkungen des Trennungsprinzips	715
25.9.2	Einschränkung des Trennungsprinzips durch Durchgriffshaftung	718
25.9.2.1	Vertragsgläubiger	718
25.9.2.2	Zwangsgläubiger	719
25.9.2.3	Durchbrechung des Trennungsprinzips	719
25.9.2.4	Gesellschafterhaftung kraft in Anspruch genommenen Vertrauens	722
25.9.2.5	Zusammenfassung	722
25.9.2.6	Das Trennungsprinzip bei Kapitalgesellschaften im Streubesitz	722
25.10	Konkurrenz der Rechtsformen. Die Europäische Entwicklung	723
25.10.1	Europäische Gesellschaft (SE)	723
25.10.2	Konkurrenz der nationalstaatlichen Rechtsformen in der EU	725
25.11	Zur Frage des zwingenden Rechts der Unternehmensorganisation	728
25.12	Paritätische Mitbestimmung	729
	Literatur	731
	Sachverzeichnis	751